

## **AfD Steglitz-Zehlendorf** Antworten Wahlprüfsteine an Aktionsbündnis Lichterfelde Süd

Nicht ohne zuvor:

Die AfD begrüßt das Engagement der Groth-Gruppe zum Bau der Park-Range in Lichterfelde-Süd. Die Entwicklung dieser Branche in Verbindung mit der Naturlandschaft ist eine besondere Aufgabe, der zahlreichen Aspekten Rechnung getragen werden muss. Nach letzten Angaben soll die letzte Wohnung 2035 fertig werden. Seit Planungsbeginn sind dann mehr als 20 Jahre vergangen. Die AfD fordert eine deutlich schnellere Planungs- und Bauzeit und damit den Bürokratieabbau und die Beschleunigung von Prozessen und somit Senkung der Kosten als Standortvorteil für Berlin.

Zu 1.

Der Berliner Senat hat vor Jahren die Entwicklung um den sozialen Wohnungsbau verschlafen. Mit seinem „Berliner Modell“, nach dem 25 bis 30 Prozent von Neubauwohnungen durch Privatinvestoren als sozialverträglich ausgewiesen werden müssen, verfolgt er ein Modell, das nicht annähernd den Bedarf deckt und für weitere Spannungen sorgt. Das Modell erweist sich seit Jahren als untauglich, eine weitere Erhöhung der Sozialbau-Quote wird zu noch weniger Wohnungsbau führen als bisher. Die Bauleistungen der landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften reichen ebenfalls nicht aus. Hinzu kommt, dass der Senat mit seiner Politik, die Hartz-IV-Empfängern seit 2018 höherer Mietzuschüsse auch in mittlerer Wohnlage gewährt, die Entwicklung steigender Mieten in der Stadt befeuert, zu Lasten kleiner und mittlerer Einkommensschichten.

Zu 2.

Die Machbarkeit des Bauvorhabens wird durch die nötigen Gutachten zu Verkehr, Lärm und Klima bewertet und bestätigt gemäß den geltenden Bauvorschriften und der gegebenen Fachkompetenz aller Beteiligten. Hinzu kommen die Klimamaßnahmen, die die BVV im Sommer 2021 verabschiedet hat. Bei massiven Zweifeln an der Ordnungsmäßigkeit steht es jeder Partei bzw. Organisation zu, dagegen vorzugehen.

Zu 3.

Wir begrüßen den geplanten Ausbau der Osdorfer Straße und die Schaffung einer Fuß- und Radwegtrasse zur Anbindung des Neubaugebiets stadtauswärts und die Planungen stadteinwärts auf dieser schon jetzt sehr wichtigen Pendlerstrecke. Aktuelle Berechnungen gehen nicht von einem drohenden Verkehrschaos aus, auch wenn die Betrachtung nur den Idealfall simuliert. Dennoch, die bestehenden und vorgesehenen Verkehrsflächen sollten reichen bei intelligenter und optimaler Nutzung und Steuerung der Verkehrsströme. Es ist bekannt, dass dies teilweise von verantwortlichen Stellen vorsätzlich nicht gemacht wird.

Zu 4.

Siehe 2.

Zu 5.

Siehe 2.

Zu 6.

Die Standortbestimmung der Grundschule längs des Bahnstrangs ist unsere favorisierte Lösung. Dennoch werden ausreichend Schallschutzmaßnahmen ergriffen, um den behördlichen Auflagen Rechnung zu tragen. Die Notwendigkeit einer weiterführenden Schule in dem Einzugsgebiet ist naheliegend. Wir werden den Ansinnen nachgehen.

Zu 7.

In die Quartiersplanung ist die benachbarte Thermometersiedlung miteinbezogen. Einen harten Schnitt zwischen neuer und alter Siedlung wird es so nicht geben. Dennoch konzentriert sich das Zentrum mit dem Stadtplatz in der Neubausiedlung und nicht an einem Schnittpunkt zur Thermometersiedlung. Dies ist ein anderer Städtebaulicher Ansatz, dem wir ebenfalls Gutes abgewinnen können, der hier aber nicht zum Tragen kommt. Wir können uns mit der vorliegenden Ensemblelösung gut anfreunden. Ungeachtet davon ist die Einrichtung eines Gemeinschaftshauses, sei es ein Ladengeschäft oder eine Etage, ein gutes Ansinnen. Ideen in diese Richtung, u.a. eine Bibliothek, wurden jedoch aus Kostengründen nicht weiterverfolgt.

Zu 8.

Die Förderung und Wiederansiedlung kleiner und mittlerer Betriebe ist eine Chance für den Bezirk, zumal sie insbesondere in den Innenstadtbezirken massiv verdrängt wurden. Ein Gewerbepark bzw. ein Gewerbehof entspricht der hergebrachten Struktur dieses Bereichs und schafft ortsnahe Arbeitsplätze im herstellenden und verarbeiteten Gewerbe.

Zu 9.

Eine weitere Reduzierung der Baumassen lehnen wir ab. Die Planung sieht eine gute und ausgewogene Struktur unterschiedlicher Wohnformen dar. In dieser Vielfalt liegt am Ende die Vitalität des gesamten Viertels. Konkret lehnen wir den Bau von Einfamilien- oder Reihenhäusern nicht ab. Flächenbedarf für die Naherholung bieten angrenzende Flächen auf Brandenburger Seite, die nicht bebaut werden.

Zu 10.

Zum Gedenk- und Erinnerungsort Stalag III gibt es ein starkes bürgerliches Engagement, welches in die BVV einen entsprechenden Antrag eingebracht. Diesem Antrag wurde von allen Parteien einstimmig zugestimmt. Ein Verein ist gegründet. Nach unserer Kenntnis wird aktuell ein Träger für die Begegnungsstätte gesucht.

Zu 11.

Angesichts der Unwägbarkeiten des Rot-Rot-Grünen Senats ist die Forderung der Unterschutzstellung bzw. der Sicherung der Lichterfelder Weidelandschaft ein wichtiger Aspekt, dem sich die AfD nicht verschließen wird.